

Forum  
Empirische  
Sozialforschung

 KONRAD  
ADENAUER  
STIFTUNG



# Ticken Städter anders?

---

Politische Einstellungen in urbanen und ländlichen Regionen

Sabine Pokorny

[www.kas.de](http://www.kas.de)

# Ticken Städter anders?

---

**Politische Einstellungen in urbanen und ländlichen Regionen**

Sabine Pokorny

## Impressum

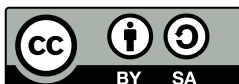
### Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020, Berlin

Umschlagfoto: © Timon Studler/unsplash

Gestaltung und Satz: yellow too, Pasiek Horntrich GbR

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-95721-738-7

# Auf einen Blick

---

- › Bei Bundestagswahlen unterscheiden sich die Wahlergebnisse immer wieder zwischen ländlichen und urbanen Regionen. CDU/CSU schneiden im ländlichen Raum besser ab, SPD und Grüne in den Städten. Deshalb untersucht die Konrad-Adenauer-Stiftung, inwiefern Einstellungsunterschiede die Differenzen im Wahlverhalten erklären können.
- › Für Bündnis 90/Die Grünen zeigen die Umfragedaten in Westdeutschland keinen Stadt-Land-Unterschied, sondern nur für Ostdeutschland. Bei der Bundestagswahl 2017 gab es noch in West- und Ostdeutschland deutliche Stadt-Land-Unterschiede im Wahlergebnis der Grünen, allerdings lagen die Grünen damals bei 9,8 (West) bzw. 5,0 (Ost) Prozent. In der Umfrage vom Herbst 2018 liegen die Grünen hingegen bei 20 Prozent, d.h. es geben deutlich mehr Befragte an, die Grünen wählen zu wollen, als dies bei der Bundestagswahl 2017 getan haben. Die geringeren Stadt-Land-Unterschiede in der Umfrage deuten darauf hin, dass vermehrt Bewohner ländlicher Regionen die Wahl der Grünen in Erwägung ziehen.
- › Die Einstellungsunterschiede fallen insgesamt eher gering aus und sind wenig systematisch.
- › Tendenziell zeigt sich jedoch:
  - › In ländlichen Regionen ist der Anteil an Pessimisten höher als in Städten oder Großstädten.
  - › Rechtspopulistische Einstellungen sinken mit zunehmendem Urbanisierungsgrad.
  - › Ostdeutsche Großstädter sind mit der Demokratie zufriedener als die ostdeutsche Landbevölkerung. In Westdeutschland ist die Demokratiezufriedenheit unter Städtern und Großstädtern höher als auf dem Land.
  - › Die ostdeutsche Landbevölkerung ist zufriedener mit der Wirtschaft als ostdeutsche Städter. Im Westen gibt es keine Stadt-Land-Unterschiede bei der Wirtschaftszufriedenheit.
  - › Im ländlichen Raum Ostdeutschlands sind die Menschen mit ihrem Leben weniger zufrieden als in ostdeutschen Städten oder Großstädten, während in Westdeutschland Menschen in Großstädten eine geringere Lebenszufriedenheit aufweisen als die Bewohner von Städten oder ländlichen Regionen.
  - › Die Bewohner des ländlichen Raums sind etwas weniger politisch interessiert.
- › Multivariate Analysen zeigen nur eine geringe Erklärungskraft der Ortsgröße.
- › Ein spezifisch urbanes Einstellungsmuster oder Lebensgefühl, das sich grundlegend von den Einstellungen der Landbevölkerung unterscheidet, kann zumindest anhand der vorliegenden Daten nicht festgestellt werden.

# Inhaltsverzeichnis

---

1. Einleitung	5
2. Wann ist eine Stadt eine Stadt?	6
3. Parteipotenziale	7
4. Politische Einstellungen in Stadt und Land	11
5. Ticken Städter anders?	21
Literatur	23
Die Autorin	25



# Einleitung

---

Nach bundesweiten Wahlen wird immer wieder thematisiert, dass einzelne Parteien im ländlichen Raum anders abschneiden als in größeren Städten. Die Unionsparteien sind dabei traditionell im ländlichen Raum stärker, während SPD und Grüne in urbanen Gebieten höhere Wahlergebnisse erzielen. Letztere sind vor allem in Großstädten besonders erfolgreich (vgl. z. B. Brachert et al. 2019). Woran liegt es, dass Stadtbewohner<sup>1</sup> bei Wahlen anders abstimmen als die Landbevölkerung? Liegt es nur an der Sozialstruktur? Die städtische Bevölkerung ist im Mittel jünger, formal besser gebildet und eher konfessionslos als die ländliche Bevölkerung. Oder gibt es darüber hinaus Einstellungsunterschiede, die das Wahlverhalten erklären können? Gibt es folglich spezifisch urbane Einstellungsmuster? Oder anders formuliert: Gibt es neben der religiösen und der sozioökonomischen Konfliktlinie, deren Bedeutung nachgelassen haben, auch eine bedeutsame Stadt-Land-Konfliktlinie (vgl. Lipset/Rokkan 1967: 14 ff.)? Schon als die sogenannte Cleavage-Theorie<sup>2</sup> erschien, wurde für (damals West-)Deutschland konstatiert, dass die Stadt-Land-Konfliktlinie an Bedeutung verloren hat und keine Rolle für das Parteiensystem spielt (vgl. Linz 1967: 286). Damals hatte Deutschland allerdings noch ein Drei-Parteien-System, während heute im wiedervereinigten Deutschland sechs Parteien im aktuellen Bundestag vertreten sind. Es wäre also möglich, dass der Stadt-Land-Konflikt wieder an Bedeutung gewonnen hat und sich nun im Parteiensystem manifestiert.

Diesen Fragen soll die vorliegende Studie nachgehen, indem sie untersucht, ob sich die Einstellungen zu Parteien und andere politische Einstellungen zwischen ländlichen und urbanen Regionen systematisch unterscheiden. Dazu wurden vom 26. September bis 17. Dezember 2018 von Kantar Emnid 5.585 telefonische Interviews mit der deutschen wahlberechtigten Bevölkerung geführt.<sup>3</sup> Die hohe Fallzahl ergibt sich aus der speziellen Stichprobenziehung. Dabei wurden in jedem der aktuell 401 Landkreise und kreisfreien Städte mindestens zehn Personen befragt, sodass alle Landkreise und kreisfreien Städte in der Befragung enthalten sind (vgl. für mehr Details zur Methodik Pokorny 2020).

So viel vorweg: Insgesamt sind die Unterschiede in den politischen Einstellungen zwischen Stadt und Land eher gering und wenig systematisch. Zwar zeigen sich in multivariaten Analysen signifikante Stadt-Land-Unterschiede im Wahlverhalten, auch bei Kontrolle von soziostrukturellen Merkmalen und politischen Einstellungen, aber ihre Erklärungskraft ist vergleichsweise gering. Es deutet also wenig auf einen bedeutsamen Stadt-Land-Konflikt hin.

- 
- 1 Zur besseren Lesbarkeit wird im Folgenden das generische Maskulinum verwendet, bei dem alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, mitgemeint sind.
  - 2 Die Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan (1967: 14 ff.) geht für den internationalen Vergleich von Parteiensystemen von vier Konfliktlinien (=Cleavages) aus: der religiös-konfessionellen, der sozioökonomischen, der Stadt-Land- und der Zentrum-Peripherie-Konfliktlinie.
  - 3 Dabei wurden mittels Dual-Frame-Ansatz 20 Prozent der Stichprobe über Mobilfunk und 80 Prozent über Festnetz geführt. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die deutsche wahlberechtigte Bevölkerung ab 18 Jahren.



## Wann ist eine Stadt eine Stadt?

---

Um zwischen Stadt und Land unterscheiden zu können, braucht es eine Definition, ab wann ein Ort als Stadt gilt. In der Forschungsliteratur werden unterschiedliche Grenzwerte der Einwohnerzahl verwendet. Neu/Völkl (2006) verwenden den Begriff Großstadt erst ab 500.000 Einwohnern. Henger/Oberst (2019) und Giebler/Regel (2017) nutzen ihn schon ab 100.000 Einwohnern. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) unterscheidet zwischen Großstädten ab 100.000 Einwohnern und grenzt davon noch einmal große Großstädte ab 500.000 Einwohnern ab (vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung). Da von den 14 deutschen Großstädten mit über 500.000 Einwohnern lediglich zwei in den ostdeutschen Bundesländern liegen (Leipzig und Dresden), wird in dieser Studie in Anlehnung an das BBSR zwischen Großstädten mit 100.000 bis 500.000 Einwohnern (im Folgenden: Städte) und großen Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern (im Folgenden: Großstädte) unterschieden. Alle Gemeinden unter 100.000 Einwohner werden als ländliche Gebiete angesehen. Aufgrund der geringeren Anzahl von Großstädten in Ostdeutschland werden die meisten Analysen getrennt nach Ost- und Westdeutschland durchgeführt. Für die Wahlabsicht sowie die Parteipotenztiale ist eine getrennte Analyse nicht möglich, da es aufgrund der vielen Ausprägungen der Variablen und der geringen Anzahl an Großstädten in den neuen Ländern hier zu wenig Fälle für belastbare Ergebnisse gibt. Daher werden die Wahlabsicht und die Parteipotenztiale für Gesamtdeutschland untersucht.

# 3

## Parteipotenziale

Unterschiede im Wahlverhalten nach Bevölkerungsdichte und für Großstädte über 500.000 Einwohner sind durch die Wahlberichte der Forschungsgruppe Wahlen und von Infratest dimap gut belegt (vgl. exemplarisch Infratest dimap 2017: Wahlkreistabellen; Forschungsgruppe Wahlen e. V. 2017: 102 ff.). Auch andere Autoren finden in Makroanalysen für alle Parteien, außer der FDP, Unterschiede im Wahlergebnis nach Bevölkerungsdichte (vgl. exemplarisch Martin 2019). Bei der Bundestagswahl 2017 sank in Westdeutschland das Wahlergebnis der Union linear mit zunehmender Bevölkerungsdichte, während die SPD, die Grünen, die Linke und die FDP umso besser abschnitten, je dichter eine Region besiedelt ist. Die AfD war in Westdeutschland wie die Union umso erfolgreicher, je geringer die Einwohnerdichte ist (vgl. Forschungsgruppe Wahlen e. V. 2017: 102). Auch in Ostdeutschland sank das Wahlergebnis der Union bei der Bundestagswahl 2017 mit zunehmender Bevölkerungsdichte, während es für die Grünen zunahm. Bei SPD, Linke, FDP und AfD zeigte sich hingegen kein linearer Zusammenhang in Ostdeutschland. Die SPD schnitt 2017 in Ostdeutschland im ländlichsten Raum am besten ab, am schwächsten in Gebieten mit mittlerer Bevölkerungsdichte. Die Linke war besonders in Städten mit hoher Bevölkerungsdichte erfolgreich, ebenso wie die Grünen. Dagegen erzielten FDP und AfD in Ostdeutschland 2017 ihre besten Wahlergebnisse in Regionen mit mittlerer Einwohnerdichte (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2017: 103).

Im Folgenden sollen anhand der Umfragedaten die Verteilung der Wahlabsicht – gemessen anhand der sogenannten Sonntagsfrage – sowie die weiteren Potenziale für die Parteien untersucht werden. Im Gegensatz zur Forschungsgruppe Wahlen können wir die Daten wegen der geringen Fallzahl einzelner Wählergruppen in Ostdeutschland nicht nach Ost/West differenzieren. Da es jedoch Ost-West-Unterschiede im Wahlergebnis nach Bevölkerungsdichte gibt, können die hier berichteten Zahlen von den offiziellen Zahlen der Forschungsgruppe Wahlen abweichen. Zudem handelt es sich um eine Momentaufnahme aus dem Herbst 2018, die vom Wahlergebnis 2017 abweicht und nichts über die aktuellen Wahlchancen von Parteien aussagen kann. Daher wird bei der Interpretation der Wahlabsicht lediglich auf die Stadt-Land-Differenzen eingegangen, nicht auf die Unterschiede zwischen den Parteien. Generelle Trends, wie u. a. mögliche Unterschiede zwischen Regionen, sind jedoch längerfristig stabil und können daher belastbar untersucht werden.

In Städten und Großstädten ist die Bereitschaft, die SPD zu wählen, etwas höher als in ländlichen Regionen. Der Unterschied zwischen Stadt und Land sowie zwischen Großstadt und Land ist mit jeweils 4 Prozentpunkten jedoch eher gering. Bei der Union liegt der Unterschied ebenfalls bei nur 4 Punkten, allerdings ist der Anteil an Befragten, die CDU/CSU wählen wollen, in ländlichen Gebieten höher als in Städten und Großstädten. Bei der Union verhält es sich also genau umgekehrt zur SPD. Die Grünen wiederum werden wie die SPD eher in Städten und Großstädten als auf dem Land gewählt. Allerdings ist der Unterschied auch hier mit 3 (Land vs. Stadt) bzw. 4 (Land vs. Großstadt)



Prozentpunkten eher gering. Für alle drei Parteien zeigen sich somit eher geringe Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Regionen und keine nennenswerten Unterschiede zwischen Städten und Großstädten.

Zudem gibt es in den Umfragedaten abweichend zum Wahlergebnis bei den Grünen einen interessanten Ost-West-Effekt (grafisch nicht ausgewiesen). Wenn für eine belastbare Fallzahl lediglich zwischen Gemeinden unter 100.000 Einwohnern und über 100.000 Einwohnern unterschieden wird, ist es möglich, zusätzlich Ost-West-Unterschiede zu berücksichtigen. Dabei zeigt sich, dass in Westdeutschland kein Stadt-Land-Unterschied für die Grünen existiert, sondern nur für Ostdeutschland. Dort gibt es in den Städten über 100.000 Einwohnern genauso viele Grünen-Wähler wie in Westdeutschland (Stadt und Land). Lediglich in ländlichen ostdeutschen Regionen fällt die Bereitschaft, die Grünen zu wählen, deutlich geringer aus, für westdeutsche ländliche Räume gilt das nicht. Bei der Bundestagswahl 2017 gab es noch in West- und Ostdeutschland deutliche Stadt-Land-Unterschiede im Wahlergebnis der Grünen, allerdings lagen die Grünen damals bei 9,8 (West) bzw. 5,0 (Ost) Prozent. In der Umfrage vom Herbst 2018 liegen die Grünen hingegen bei 20 Prozent, d. h. es geben deutlich mehr Befragte an, die Grünen wählen zu wollen, als dies bei der Bundestagswahl 2017 getan haben. Die geringeren Stadt-Land-Unterschiede in der Umfrage deuten darauf hin, dass vermehrt Bewohner ländlicher Regionen die Wahl der Grünen in Erwägung ziehen.

Bei der Wahlabsicht für die FDP und für die sonstigen Parteien gibt es keinerlei Unterschiede zwischen Städten, Großstädten und dem ländlichen Raum. Bei der Linken dagegen zeigt sich ein größerer Wähleranteil in den Städten und Großstädten. Für Gesamtdeutschland fällt dieser Unterschied mit 5 Punkten nicht allzu groß aus. Das liegt an einem versteckten Ost-West-Effekt (grafisch nicht ausgewiesen). In Westdeutschland gibt es kaum Unterschiede im Wähleranteil der Linken zwischen ländlichen und urbanen Regionen, während der Unterschied in Ostdeutschland mit 9 Prozentpunkten Vorsprung in den Städten etwas deutlicher ausfällt. Bei der Bundestagswahl 2017 (und auch 2013) schnitt die Linke noch in Ost wie West in urbanen Regionen am besten ab.

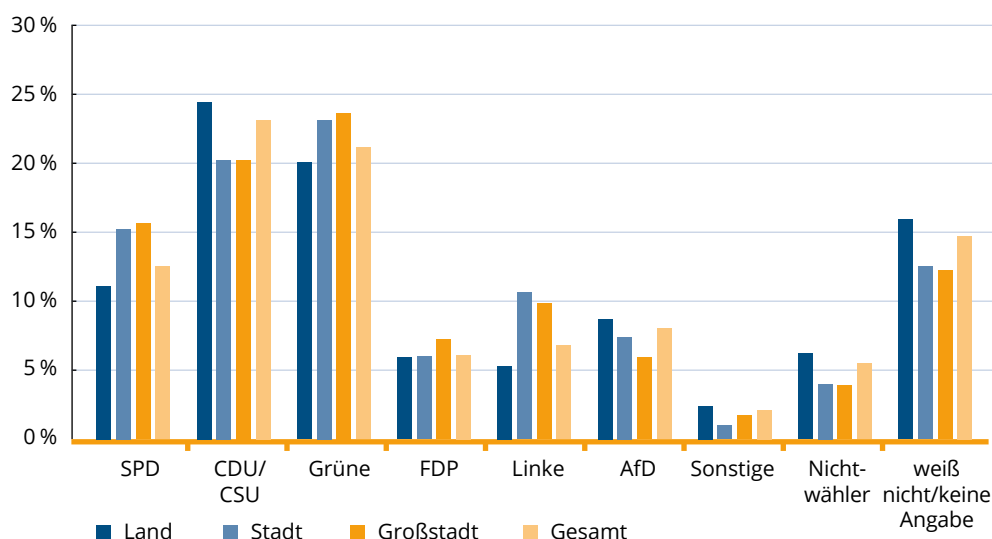
Ähnlich verhält es sich bei der Wahlabsicht für die AfD. In der gesamtdeutschen Analyse ist die Bereitschaft, für die AfD zu stimmen, auf dem Land geringfügig höher als in der Stadt. In Städten ist der Anteil im Vergleich zu Großstädten wiederum leicht höher. Die Unterschiede sind aber mit 2 bzw. 3 Prozentpunkten zu vernachlässigen. Allerdings versteckt sich wie bei der Linken auch hier ein Ost-West-Unterschied (grafisch nicht ausgewiesen). Im Westen gibt es keinerlei Stadt-Land-Unterschied bei der Wahl der AfD, wenn man nur zwischen Gemeinden über und unter 100.000 Einwohnern unterscheidet. Im Osten liegt die Differenz hingegen wie bei der Linken bei 9 Prozentpunkten mit dem Unterschied, dass in ländlichen Gebieten mehr Menschen die AfD wählen wollen als in den Städten.

Auch bezüglich der bekennenden Nichtwähler und jener Befragten, die die Antwortoption „weiß nicht/keine Angabe“ wählen, kann nur ein geringer Stadt-Land-Unterschied festgestellt werden. Tendenziell gibt es in ländlichen Regionen geringfügig mehr bekennende Nichtwähler und Antwortverweigerer als in den Städten und Großstädten. Das kann entweder daran liegen, dass die Landbevölkerung sich eher als Nichtwähler zu erkennen gibt oder daran, dass sie tatsächlich seltener wählen geht. Für Ostdeutschland gilt Letzteres. Bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 stieg die Wahlbeteiligung



in Ostdeutschland mit zunehmender Bevölkerungsdichte linear an (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2017: 103; Forschungsgruppe Wahlen 2013: 89). In Westdeutschland hingegen gab es bei der Bundestagswahl 2017 kaum Unterschiede in der Wahlbeteiligung nach Einwohnerdichte (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2017: 102), während 2013 die Wahlbeteiligung in Regionen mit sehr niedriger und mit hoher Bevölkerungsdichte am geringsten war. Die westdeutsche sehr ländliche Bevölkerung ging also genauso oft zur Wahl wie die Großstädter. In Regionen mit niedriger und mittlerer Einwohnerdichte lag die Wahlbeteiligung dagegen höher (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2013: 88).

Abbildung 1: Wahlabsicht nach Gemeindegröße (in Prozent)

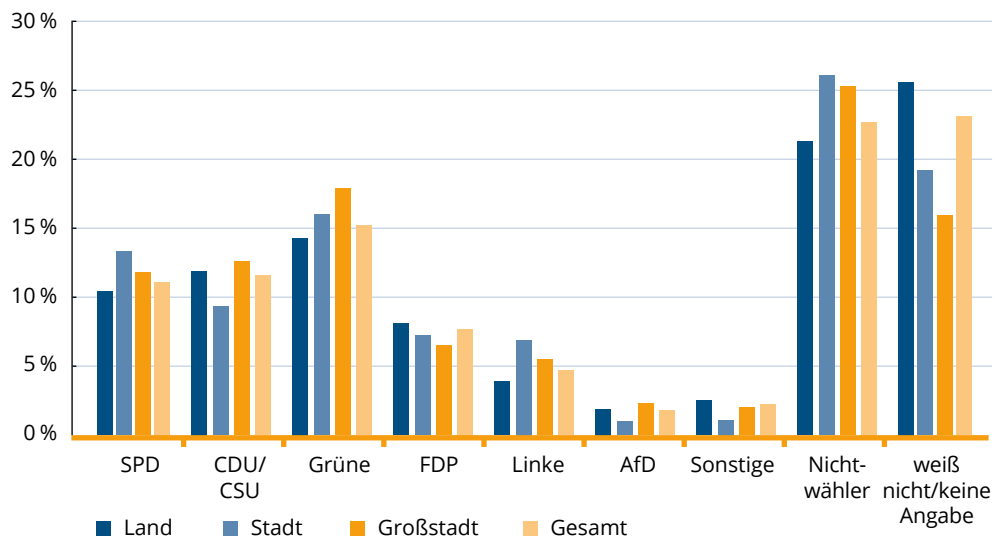


Quelle: Umfrage 2018-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Um das **Parteipotenzial** zu erfassen, wurden diejenigen, die bei der Wahlabsicht eine Partei nannten, gefragt, ob sie sich daneben auch vorstellen könnten, eine andere Partei zu wählen. Auch hier zeigen sich bei allen Parteien nur geringe Unterschiede von weniger als 5 Prozentpunkten zwischen urbanen und ländlichen Regionen. Die SPD hat geringfügig mehr Potenzial in Städten als in Großstädten oder auf dem Land. Die Union weist das meiste Potenzial in Großstädten und im ländlichen Raum auf. Am geringsten fällt das Unionspotenzial in den Städten aus. Allerdings ist der Unterschied zwischen Großstadt und Land mit 4 Prozentpunkten als gering einzustufen. Das Potenzial der Grünen wiederum steigt mit zunehmender Einwohnerzahl. Am meisten potenzielle Grünen-Wähler finden sich in Großstädten. Auch hier liegen aber zwischen dem ländlichen Raum und den Großstädten lediglich 4 Prozentpunkte. Bei der FDP sind die Unterschiede zwischen ländlichen und urbanen Regionen so gering, dass sie als nicht vorhanden eingestuft werden müssen. Die FDP hat also überall ähnlich viel zusätzliches Wählerpotenzial. Potenzielle Linken-Wähler finden sich hingegen überwiegend in Städten, etwas weniger in Großstädten und auf dem Land. Auch hier handelt es sich jedoch maximal (Land versus Stadt) um 3 Prozentpunkte Unterschied. Das Potenzial der AfD ist insgesamt sehr niedrig und unterscheidet sich nicht zwischen Stadt und Land.

Größere Unterschiede gibt es hingegen bei denjenigen, die keine andere Partei angeben als die bei der Sonntagsfrage genannte, und bei den Antwortverweigerern (Antwortoption „weiß nicht/keine Angabe“). Diejenigen, die angeben keine andere Partei wählen zu wollen, sind gewissermaßen die treuen Stammwähler. Ihr Anteil ist in Städten und Großstädten leicht höher als in ländlichen Gebieten. Zusätzlich fällt der Anteil an Antwortverweigerern im ländlichen Raum deutlich höher aus als in den Städten, wo er wiederum über dem Anteil in Großstädten liegt. Dieser Befund widerspricht landläufigen Vorurteilen über Unterschiede zwischen Stadt und Land.

**Abbildung 2: Parteipotenziale nach Gemeindegröße (in Prozent)**



Quelle: Umfrage 2018-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.



## Politische Einstellungen in Stadt und Land

---

Gibt es spezifisch städtische Einstellungsmuster? Ticken Städter oder Großstädter also anders als die Bevölkerung im ländlichen Raum?

Manche Einstellungen sind in der Tat unterschiedlich verbreitet. Der gesellschaftliche Pessimismus z. B. ist vor allem in Ostdeutschland leicht unterschiedlich ausgeprägt in Stadt und Land.<sup>4</sup> Gesellschaftlicher Pessimismus muss dabei von individuellem Pessimismus unterschieden werden. Individuell pessimistische Menschen schätzen ihre eigenen Zukunftsaussichten negativ ein, während gesellschaftlich pessimistische Personen die Zukunft der Gesellschaft als Ganzes negativ beurteilen. Personen können also gesellschaftlich pessimistisch in die Zukunft blicken, ohne dabei individuell pessimistisch zu sein (vgl. Steenvoorden/Hartefeld 2018).

In der vorliegenden Umfrage wurde das Konzept des gesellschaftlichen Pessimismus/Optimismus mit folgenden Aussagenpaaren erhoben:

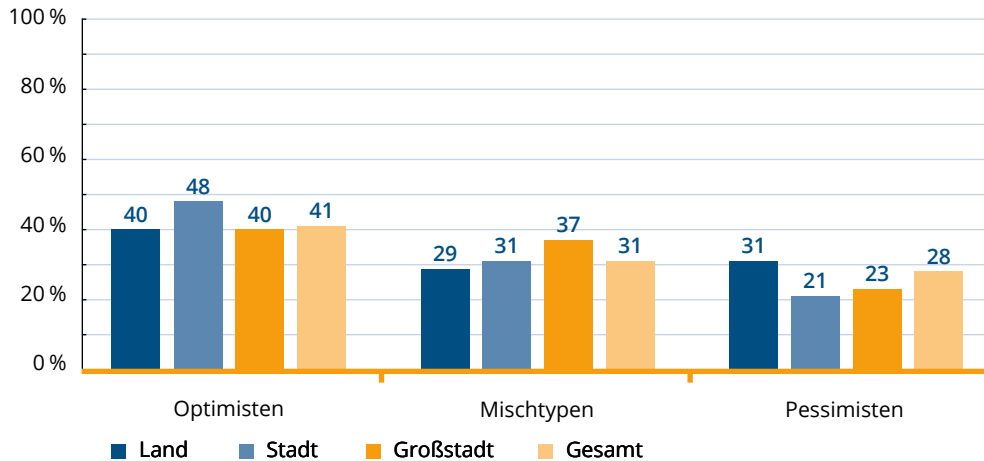
- › „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich habe häufig Angst vor dem, was kommen wird“ versus „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich glaube, dass alles gut wird“.
- › „Wenn das so weitergeht, sehe ich schwarz für Deutschland“ versus „Ich vertraue darauf, dass Deutschland künftige Herausforderungen bewältigt“.

Bei beiden Aussagenpaaren wurden die Befragten gebeten, sich für diejenige der beiden Aussagen zu entscheiden, der sie eher zustimmen. Die beiden Aussagenpaare wurden dann zu einem additiven Index zusammengefasst mit einem Wertebereich von 0 (keine pessimistische Aussage genannt) bis 2 (2 pessimistische Aussagen genannt).<sup>5</sup>

In Ostdeutschland gibt es in Großstädten und auf dem Land gleich viele Optimisten. 40 Prozent der großstädtischen und der Landbevölkerung können zu den Optimisten gezählt werden. In den ostdeutschen Städten mit 100.000 bis 500.000 Einwohnern liegt der Optimisten-Anteil etwas höher. Hier zählt fast die Hälfte der Bevölkerung zu den Optimisten.

Gleichzeitig ist der Anteil an Pessimisten in Ostdeutschland auf dem Land höher als in Städten und Großstädten, die sich wiederum kaum voneinander unterscheiden. 31 Prozent der ostdeutschen Landbevölkerung haben beiden pessimistischen Aussagen zugestimmt, während das nur für 21 Prozent der ostdeutschen Städter und 23 Prozent der Großstädter gilt. Dafür finden sich in den ostdeutschen Großstädten mehr Mischtypen, die also eine optimistische und eine pessimistische Aussage gewählt haben. Hier zählen 37 Prozent zu den Mischtypen, im ländlichen Raum 29 und in den Städten 31 Prozent.

Abbildung 3: Gesellschaftlicher Optimismus/Pessimismus in Ostdeutschland  
(in Prozent)



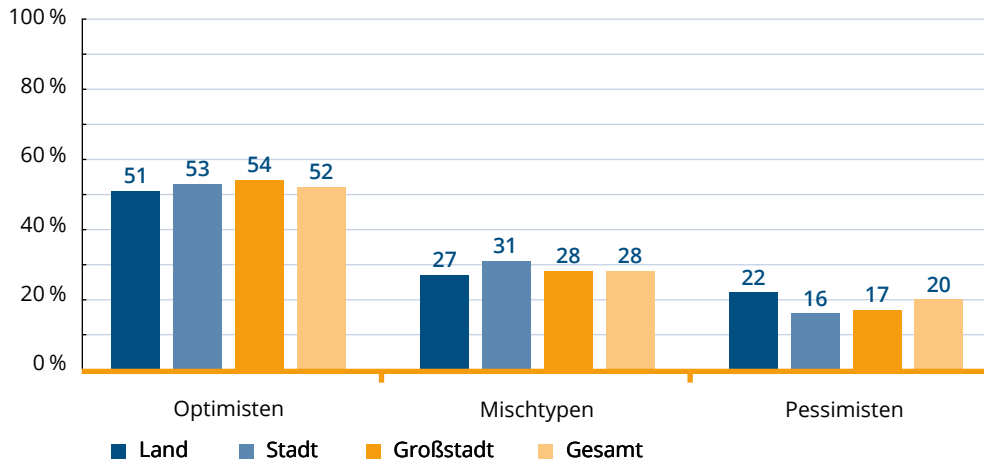
Quelle: Umfrage 2018-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Anmerkung: Als Optimisten werden diejenigen klassifiziert, die sich bei beiden Aussagenpaaren für die optimistische Variante entschieden haben. Analog werden diejenigen als Pessimisten ausgewiesen, die sich bei beiden Paaren für die pessimistische Variante entschieden haben. Mischtypen haben sich einmal für die optimistische und einmal für die pessimistische Aussage entschieden.

In Westdeutschland sind die Unterschiede geringer ausgeprägt. Der Anteil an Optimisten und Mischtypen unterscheidet sich kaum zwischen Großstädten, Städten und dem ländlichen Raum. Tendenziell gibt es aber in westdeutschen Städten und Großstädten einen etwas geringeren Anteil an Pessimisten als auf dem Land.



Abbildung 4: Gesellschaftlicher Optimismus/Pessimismus in Westdeutschland (in Prozent)



Quelle: Umfrage 2018-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

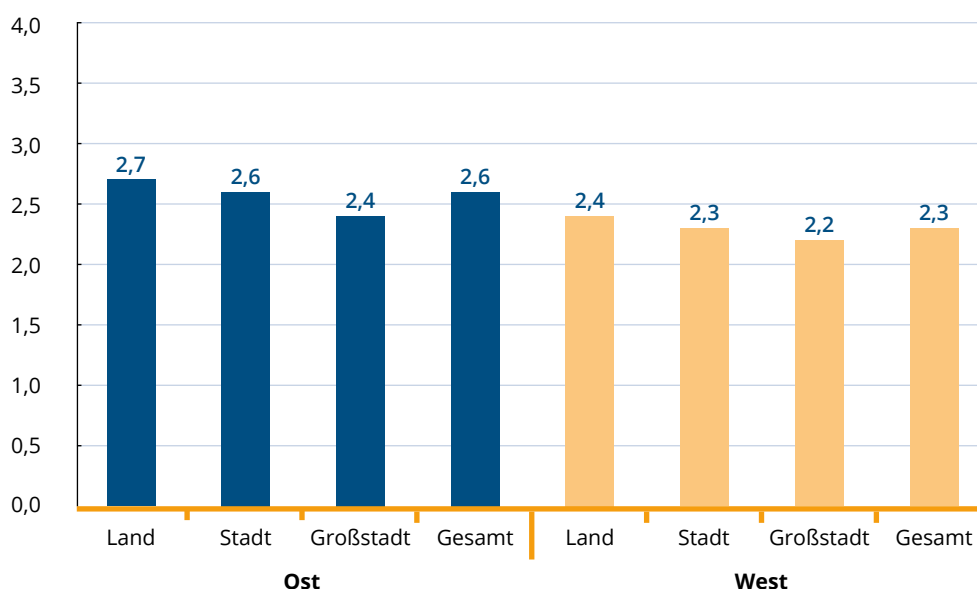
Anmerkung: Als Optimisten werden diejenigen klassifiziert, die sich bei beiden Aussagenspaaren für die optimistische Variante entschieden haben. Analog werden diejenigen als Pessimisten ausgewiesen, die sich bei beiden Paaren für die pessimistische Variante entschieden haben. Mischtypen haben sich einmal für die optimistische und einmal für die pessimistische Aussage entschieden.

Auch bei der Verteilung rechtspopulistischer Einstellungen gibt es leichte Unterschiede zwischen der urbanen und der ländlichen Bevölkerung. In Anlehnung an Mudde (2004) und Bornschieer (2010) wurde eine Skala entwickelt, mit der rechtspopulistische Einstellungen in der Bevölkerung gemessen wurden (vgl. Pokorny 2020). Diese Skala besteht aus elf Aussagen, die zu einem Rechtspopulismus-Index<sup>6</sup> zusammengefasst wurden (Antwortskala von 4 bis 0: stimme voll und ganz zu, stimme eher zu, teils-teils, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu):

1. Den meisten Menschen kann man vertrauen.
2. „Die da oben“ machen doch nur, was sie wollen.
3. Man sollte den Parteien bei Wahlen einen Denkartzettel verpassen.
4. Die Medien bringen nur das, was die Herrschenden vorgeben.
5. Die Zuwanderung führt zu einer gefährlichen Völkervermischung.
6. Die eigentliche Meinung des Volkes wird unterdrückt.
7. Zuwanderer können nie echte Deutsche werden.
8. Als Deutscher hat man in Deutschland nichts mehr zu sagen.
9. Ich fühle mich wie ein Fremder im eigenen Land.
10. Wahlergebnisse in Deutschland werden gefälscht.
11. Die Demokratie gehört eigentlich abgeschafft.

Abbildung 5 stellt die Mittelwerte dieses Indexes auf einer Skala von 0 bis 4 für Bewohner von Großstädten, Städten und ländlichen Regionen in Ost- und Westdeutschland dar. Je höher der Wert ausfällt, desto höher ist die durchschnittliche Zustimmung zu rechtspopulistischen Einstellungen. In Ost- wie in Westdeutschland sind rechtspopulistische Einstellungen im Mittel in Großstädten am geringsten verbreitet, in Städten etwas mehr und am stärksten in ländlicheren Gebieten. In Großstädten liegt der Mittelwert bei 2,4 (Ost) bzw. 2,2 (West), in Städten bei 2,6 (Ost) und 2,3 (West) und auf dem Land bei 2,7 (Ost) und 2,4 (West). Diese Unterschiede sind zwar gering, in Westdeutschland statistisch aber abgesichert. In Ostdeutschland ist nur der Unterschied zwischen Großstädten und dem Land statistisch signifikant, nicht jedoch die Unterschiede zwischen Land und Stadt sowie zwischen Stadt und Großstadt.

**Abbildung 5: Durchschnittliche rechtspopulistische Einstellung in Ost- und Westdeutschland (Mittelwerte)**



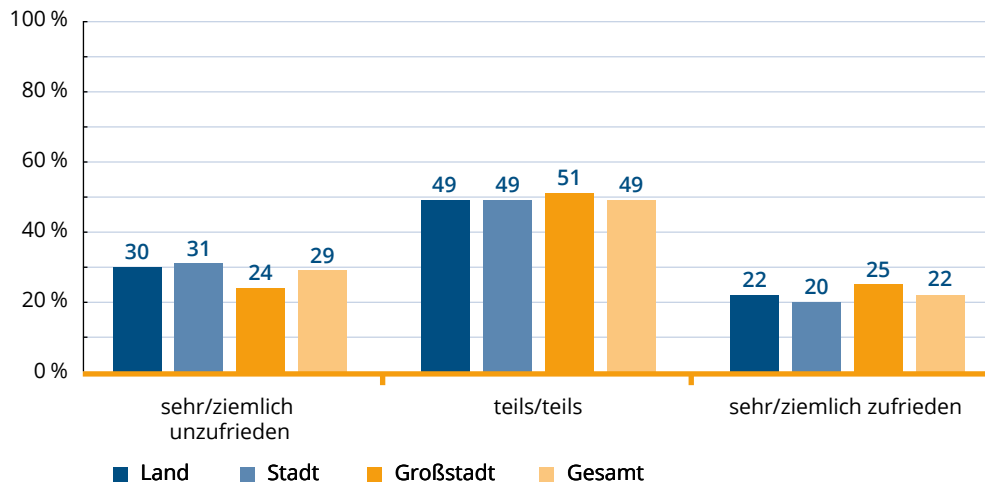
Quelle: Umfrage 2018-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Anmerkung: Mittelwertindex; Skala von 0 (stimme überhaupt nicht zu) bis 4 (stimme voll und ganz zu)

Die Stadt-Land-Unterschiede bei der Demokratiezufriedenheit<sup>7</sup> unterscheiden sich wiederum zwischen West- und Ostdeutschland. Im Osten sind die Bewohner der Städte genauso zufrieden mit der Demokratie wie die Landbevölkerung. Drei von zehn Befragte aus ostdeutschen Städten und ländlichen Regionen sind mit der Demokratie sehr oder ziemlich unzufrieden, während etwa ein Fünftel sehr oder ziemlich zufrieden ist. In den ostdeutschen Großstädten ist die Demokratiezufriedenheit dagegen stärker ausgeprägt. Ein Viertel der ostdeutschen Großstädter ist unzufrieden und ein weiteres Viertel zufrieden mit der Demokratie.



Abbildung 6: Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland (in Prozent)



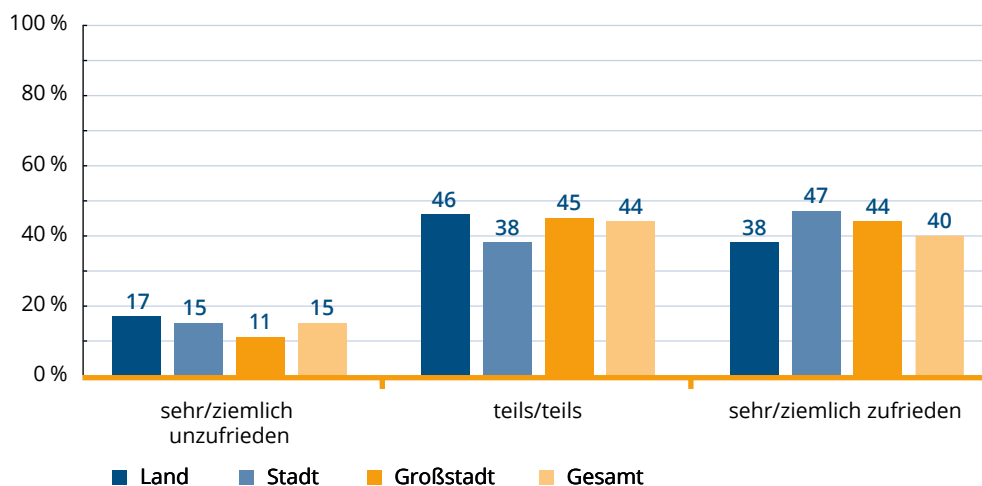
Quelle: Umfrage 2018-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

In Westdeutschland unterscheiden sich Großstädte, Städte und ländliche Räume voneinander. In westdeutschen Großstädten leben die wenigsten Unzufriedenen. Nur gut jeder Zehnte ist sehr oder ziemlich unzufrieden mit der Demokratie. In den Städten und auf dem Land sind es 15 und 17 Prozent. Am zufriedensten sind aber die westdeutschen Städter. Knapp jeder zweite Stadtbewohner ist mit der Demokratie sehr oder ziemlich zufrieden. Mit 44 Prozent Demokratiezufriedenen liegt der Anteil in westdeutschen Großstädten nur geringfügig niedriger, während die westdeutsche Landbevölkerung mit 38 Prozent am wenigsten Zufriedene aufweist.

Zudem zeigt sich für die Demokratiezufriedenheit eine deutliche Ost-West-Differenz. Westdeutsche sind wesentlich zufriedener mit der Demokratie als Ostdeutsche. Diese Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland fällt mit 18 Prozentpunkten bei den Zufriedenen wesentlich größer aus als die westdeutsche Differenz zwischen Stadt und Land von 9 Prozentpunkten. Der Stadt-Land-Unterschied spielt also eine geringere Rolle als die Differenz zwischen Ost und West.



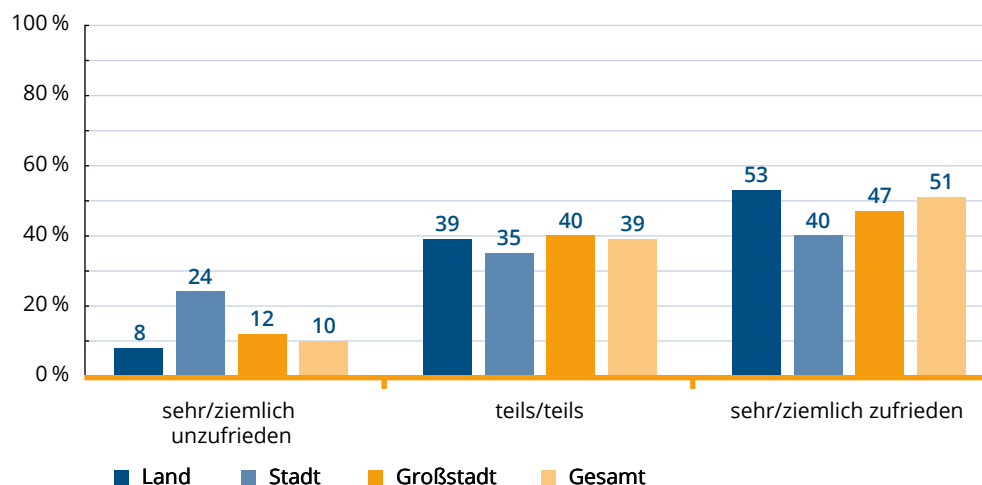
Abbildung 7: Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland (in Prozent)



Quelle: Umfrage 2018-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Anders verhält es sich mit der Wirtschaftszufriedenheit in Deutschland.<sup>8</sup> Im Osten gibt es deutliche Unterschiede, im Westen hingegen unterscheiden sich die Bewohner urbaner Gebiete nicht von denen ländlicher Räume. In den ostdeutschen Bundesländern ist die Landbevölkerung zufriedener mit der Wirtschaftslage in Deutschland als die Bewohner der Städte und Großstädte. Mit 53 Prozent ist mehr als jeder zweite ostdeutsche Bewohner ländlicher Regionen sehr oder ziemlich zufrieden mit der Wirtschaftslage, während das für 40 Prozent der ostdeutschen Städter und 47 Prozent der Großstädter gilt. Zusätzlich ist der Anteil an Unzufriedenen unter den ostdeutschen Städtern besonders stark ausgeprägt. Knapp ein Viertel der Bewohner ostdeutscher Städte ist sehr oder ziemlich unzufrieden mit der Wirtschaftslage.

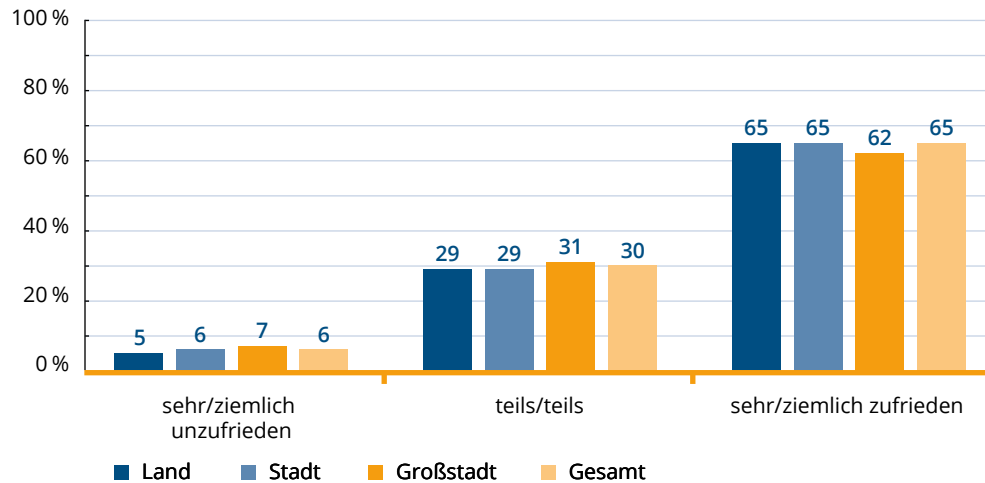
Abbildung 8: Wirtschaftszufriedenheit in Ostdeutschland (in Prozent)



Quelle: Umfrage 2018-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.



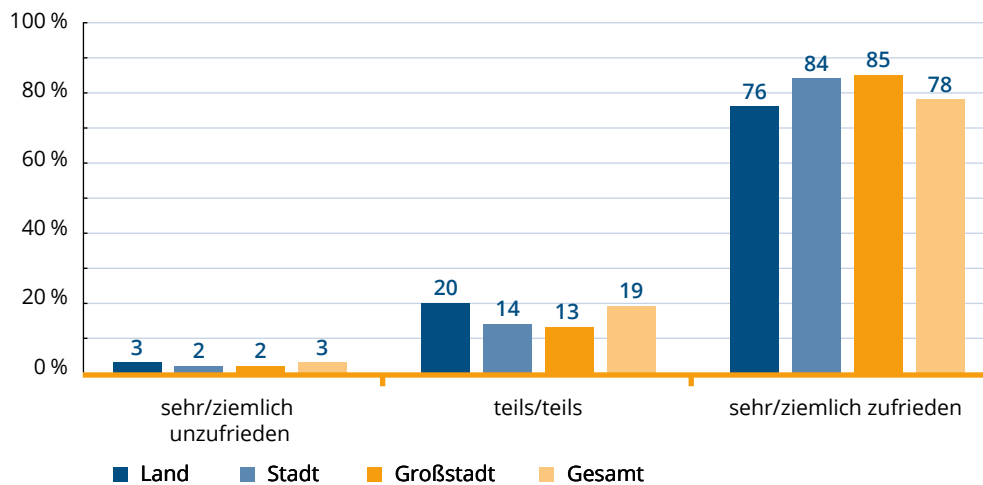
Abbildung 9: Wirtschaftszufriedenheit in Westdeutschland (in Prozent)



Quelle: Umfrage 2018-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Bei der Lebenszufriedenheit<sup>9</sup> zeigen sich in beiden Landesteilen Stadt-Land-Unterschiede, wenn auch in unterschiedlicher Richtung. Diesmal sind die ostdeutschen Städter und Großstädter zufriedener als die ostdeutsche Landbevölkerung. In den ostdeutschen Städten und Großstädten geben 84 und 85 Prozent an, mit ihrem Leben sehr oder ziemlich zufrieden zu sein. In den ländlichen Gemeinden Ostdeutschlands sagen das hingegen gut drei Viertel (9 Prozentpunkte Differenz zwischen Großstadt und Land).

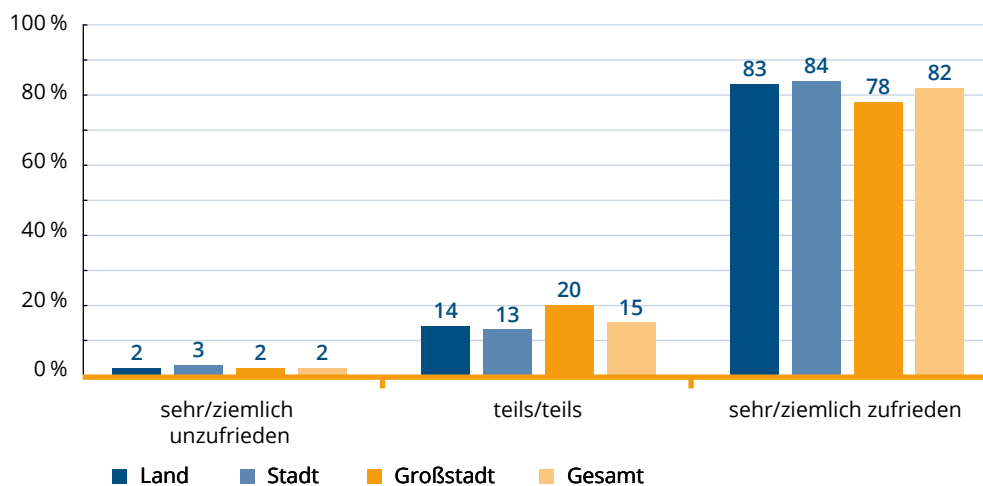
Abbildung 10: Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland (in Prozent)



Quelle: Umfrage 2018-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Im Westen sind dagegen die Großstädter weniger zufrieden mit ihrem Leben als die Bewohner von Städten oder ländlichen Regionen. 83 bzw. 84 Prozent der westdeutschen Städter und der Landbevölkerung sind mit ihrem Leben sehr oder ziemlich zufrieden, während das für 78 Prozent der Großstadtbewohner gilt. Interessanterweise sind also im Osten die Landbewohner am wenigsten zufrieden mit ihrem Leben und im Westen die Bewohner von Großstädten. Hier deutet sich erneut an, dass es zusätzlich zu regionalen Differenzen immer noch einige Ost-West-Unterschiede gibt, sodass eine allgemeingültige Aussage zu deutschen Großstädten oder deutschen Städten schwierig erscheint.

**Abbildung 11: Lebenszufriedenheit in Westdeutschland (in Prozent)**

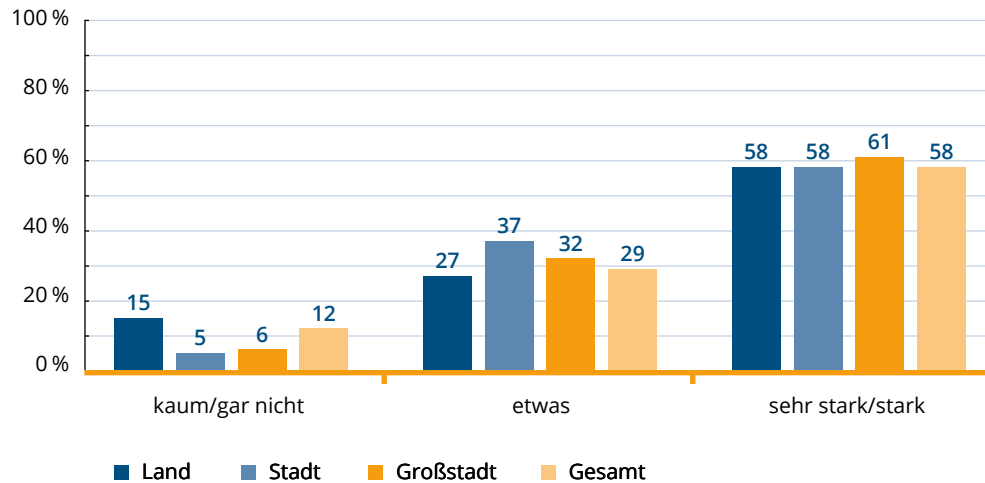


Quelle: Umfrage 2018-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Beim politischen Interesse<sup>10</sup> fallen vor allem die Bewohner ländlicher Regionen auf. In Ostdeutschland leben in ländlichen Gebieten deutlich mehr Menschen, die kaum oder gar nicht politisch interessiert sind als in den Städten oder Großstädten. Gleichzeitig ist der Anteil an etwas politisch Interessierten in urbanen Regionen höher als im ländlichen Raum. Beim starken oder sehr starken politischen Interesse unterscheiden sich Großstadt, Stadt und Land in Ostdeutschland hingegen kaum.



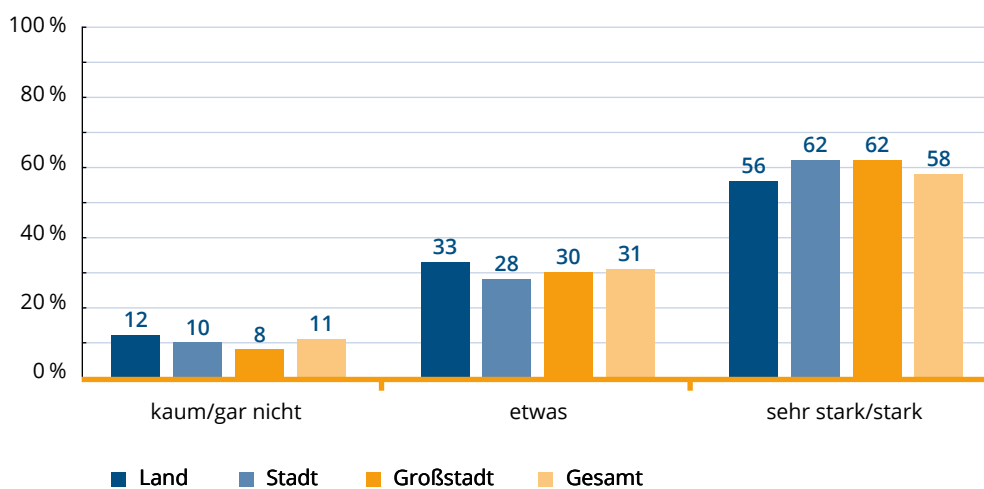
Abbildung 12: Politisches Interesse in Ostdeutschland (in Prozent)



Quelle: Umfrage 2018-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

In Westdeutschland gibt es dagegen kaum Stadt-Land-Differenzen beim geringen politischen Interesse. Das mittlere Interesse ist in ländlichen Regionen etwas stärker ausgeprägt als in Städten und Großstädten. Gleichzeitig ist der Anteil an (sehr) starkem politischem Interesse im ländlichen Raum geringer als in Städten und Großstädten. Im Mittel ist das politische Interesse folglich in Ost wie West im ländlichen Raum geringer ausgeprägt als in den Städten und Großstädten. Im Westen sind die Unterschiede als eher gering einzustufen, im Osten fällt vor allem beim geringen politischen Interesse ein größerer Stadt-Land-Unterschied auf.

Abbildung 13: Politisches Interesse in Westdeutschland (in Prozent)



Quelle: Umfrage 2018-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

- 
- 4 Für die nachfolgenden Analysen wurden nur gültige Fälle berücksichtigt, d. h. die Prozentanteile wurden unter Ausschluss der Antwortoption „weiß nicht/keine Angabe“ berechnet. Rundungsbedingt kann es in der Summe zu geringfügigen Abweichungen von 100 Prozent kommen.
  - 5 Die Korrelation zwischen den beiden (0/1-kodierten) Aussagenpaaren liegt bei  $r=0,386$  und ist auf dem Ein-Prozent-Niveau signifikant.
  - 6 Um zu erreichen, dass hohe Werte auf der Antwortskala einer Neigung zu Populismus entsprechen, wurde die Aussage „Den meisten Menschen kann man vertrauen“ umkodiert. Cronbachs Alpha beträgt 0,88, die Skala ist also ausreichend reliabel. Zusätzlich ergab eine Faktorenanalyse, dass die Items auf einem Faktor laden, eine Indexbildung also empirisch abgesichert ist.
  - 7 Die Demokratiezufriedenheit wurde mit folgender Frage erhoben: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht: Sind Sie sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, teils zufrieden/teils unzufrieden, ziemlich unzufrieden oder sehr unzufrieden?“
  - 8 Die Wirtschaftszufriedenheit in Deutschland wurde mit folgender Frage erhoben: „Wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland?“
  - 9 Die Lebenszufriedenheit wurde mit folgender Frage erhoben: „Wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit Ihrem gegenwärtigen Leben?“
  - 10 Das politische Interesse wurde mit folgender Frage erhoben: „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“

# 5

## Ticken Städter anders?

Bei fast allen hier untersuchten politischen Einstellungen finden sich eher geringe Stadt-Land-Unterschiede. Je nach Einstellung gibt es in Ost- und Westdeutschland unterschiedliche Differenzen zwischen ländlichen und urbanen Regionen. Zusätzlich unterscheiden sich die Stadt-Land-Unterschiede je nach Einstellung. Eine Systematik lässt sich dabei nicht erkennen. Aber tendenziell sind (Groß-)Städter:

- › etwas weniger pessimistisch,
- › weniger rechtspopulistisch eingestellt,
- › dafür zufriedener mit der Demokratie und
- › politisch interessierter als die Landbevölkerung.

Im Gegenzug ist die Landbevölkerung in Ostdeutschland wirtschaftlich zufriedener. Mit dem eigenen Leben hingegen sind im Osten die Städter und Großstädter zufriedener als die Landbevölkerung, während im Westen die Landbevölkerung und die Städter mit ihrem Leben zufriedener sind als die Großstädter.

Zum Teil können diese unterschiedlichen Einstellungen erklären, warum Städter oder Großstädter anders wählen. Politische Einstellungen entfalten eine hohe Erklärungskraft beim Wahlverhalten. Zum Teil bleibt ein Einfluss der Ortsgröße<sup>11</sup> aber bestehen. In multivariaten Analysen zur Erklärung der Wahlabsicht, in denen für sozialstrukturelle Merkmale, politische Einstellungen und auch die Ortsgröße gemeinsam kontrolliert werden kann, hat die Ortsgröße bei manchen Parteien einen statistisch signifikanten Einfluss auf die Wahlabsicht. Da es sich methodisch jeweils um Vergleiche zwischen Parteien handelt, variieren die Effekte leicht je nach Vergleichsbasis.

Für die SPD und die Linke ist der Einfluss der Ortsgröße relativ stabil. Bei der FDP verschwindet er, sobald andere Einflüsse berücksichtigt werden. Für die AfD bleibt der Einfluss der Ortsgröße im Vergleich zu SPD und Linken bestehen. Die AfD wird eher in ländlichen Regionen gewählt, SPD und Linke eher in den Städten. Zwischen AfD und Grünen sowie AfD und CDU/CSU findet sich jedoch kein Einfluss der Ortsgröße mehr bei Kontrolle sozialstruktureller Merkmale und politischer Einstellungen.

Ähnlich verhält es sich bei der Union. Im Vergleich zu SPD und Linken finden sich im ländlichen Raum mehr Unionswähler. Dieser Unterschied bleibt bei Kontrolle für andere Merkmale statistisch signifikant. Er kann also nicht durch Sozialstruktur oder politische Einstellungen erklärt werden. Zwischen Union und Grünen oder AfD gibt es diesen Unterschied jedoch nicht. Sozialstrukturelle Merkmale und politische Einstellungen können den Stadt-Land-Unterschied zwischen der Union und den Grünen, der sich bivariat zeigt, erklären. Die Grünen schneiden also u. a. in Städten besser ab,

weil die Bevölkerung dort jünger und formal besser gebildet ist, wobei dies vor allem für Ostdeutschland gilt. In Westdeutschland zeigen sich in den Umfragedaten keine Stadt-Land-Unterschiede für die Grünen. Bei der Bundestagswahl 2017 haben westdeutsche Städter noch häufiger die Grünen gewählt als die westdeutsche Landbevölkerung. Seitdem haben die Grünen in Umfragen deutlich zugelegt. Das Verschwinden des Stadt-Land-Unterschiedes in Westdeutschland deutet darauf hin, dass hier vor allem die ländliche Bevölkerung nun häufiger die Grünen bei der Sonntagsfrage angibt als früher.

Gleichzeitig zeigt sich eine sehr geringe Erklärungskraft der Ortsgröße, selbst wenn sie statistisch signifikant ist. Wird nur sie (zusammen mit einer West-Ost-Kontrollvariable, um Verzerrungen zu vermeiden) zur Erklärung der Wahlabsicht verwendet, weist das statistische Modell eine Erklärungskraft von maximal knapp 7 Prozent<sup>12</sup> auf. Werden zusätzlich sozialstrukturelle Merkmale und politische Einstellungen einbezogen, steigt die Erklärungskraft deutlich an.<sup>13</sup> Daraus folgt, dass es zwar bei manchen Parteien einen kleinen, statistisch signifikanten Stadt-Land-Unterschied im Wahlverhalten gibt, der nicht komplett von anderen Merkmalen erklärt werden kann. Gleichzeitig spielt dieser Unterschied für das Wahlverhalten aber eine viel geringere Rolle als beispielsweise das Alter oder politische Einstellungen.

Und auch wenn man die untersuchten Einstellungen mit statistischen Verfahren durch die Stadt-Land-Differenzierung erklärt, ist der Einfluss zwar signifikant, aber die Erklärungskraft liegt im besten Fall bei 1,3 Prozent<sup>14</sup>, häufig deutlich darunter. Die Unterscheidung zwischen ländlichen und urbanen Regionen kann folglich weder zur Erklärung des Wahlverhaltens noch von politischen Einstellungen nennenswert beitragen.

Um abschließend auf die Ursprungsfrage zurückzukommen, ticken Städter anders? Gewisse Unterschiede zwischen ländlichen Räumen, Städten und Großstädten existieren, sie sind jedoch wenig systematisch. Ein spezifisch urbanes Einstellungsmuster oder Lebensgefühl, das sich grundlegend von den Einstellungen der Landbevölkerung unterscheidet, kann zumindest mit den vorliegenden Daten nicht festgestellt werden. Offenbar ist der Befund von 1967, dass in Deutschland der Stadt-Land-Konflikt wenig relevant ist (vgl. Linz 1967: 286), auch unter deutlich veränderten Bedingungen, immer noch gültig.

---

11 Wie für die bivariaten Analysen wurde auch für die multivariaten Untersuchungen die Ortsgröße mit den drei Ausprägungen Großstadt, Stadt und Land verwendet.

12 Hierbei handelt es sich um die Pseudo-R<sup>2</sup>-Werte nach Cox und Snell sowie Nagelkerke. McFaddens Pseudo-R<sup>2</sup> liegt lediglich bei 2 Prozent. Zusätzlich handelt es sich um eine optimistische Schätzung, bei der nur die Ortsgröße und die West-Ost-Variable berücksichtigt wurden. Bei einer pessimistischen Schätzung wird der Zuwachs des Pseudo-R<sup>2</sup> gemessen, den die Gemeindegröße hervorruft, nachdem alle anderen relevanten Merkmale im Modell berücksichtigt wurden (vgl. Klein/Ohr 2000). Dabei liegt der Zuwachs der Gemeindegröße im Pseudo-R<sup>2</sup> bei deutlich unter 1 Prozentpunkt.

13 Das Pseudo-R<sup>2</sup> des gesamten Modells liegt zwischen 18 (McFadden) und 48 Prozent (Nagelkerke).

14 Wenn rechtspopulistische Einstellungen und politisches Interesse nur mit der Ortsgröße erklärt werden, liegt die Erklärungskraft jeweils bei 1,3 Prozent. Bei allen anderen Einstellungen liegt die Erklärungskraft bei 0,1–0,4 Prozent.

# Literatur

---

- B** **Bornschieer, Simon, 2010.** Cleavage Politics and the Populist Right. The New Cultural Conflict in Western Europe. Philadelphia: Temple University Press.
- Brachert, Matthias/Gabriel, Oscar W./Heyme, Rebekka/Holtmann, Everhard/Jaeck, Tobias/Kleine, Aya Isabel/Maier, Jürgen, 2019.** Abschlussbericht für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie – Arbeitsstab Angelegenheiten der neuen Bundesländer – zum Projekt „Politische Partizipation in Ostdeutschland“, Halle (Saale).
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.** [https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumb Beobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/StadtGemeindetyp/StadtGemeindetyp\\_node.html](https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumb Beobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/StadtGemeindetyp/StadtGemeindetyp_node.html) [letzter Zugriff am 20. Mai 2020].
- F** **Forschungsgruppe Wahlen e. V., 2017.** Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 24. September 2017. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Nr. 170. Mannheim.
- Forschungsgruppe Wahlen e. V., 2013.** Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Nr. 154. Mannheim.
- G** **Giebler, Heiko/Regel, Sven, 2017.** Wer wählt rechtspopulistisch? Geografische und individuelle Erklärungsfaktoren bei sieben Landtagswahlen. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- H** **Henger, Ralph/Oberst, Christian, 2019.** Alterung der Gesellschaft im Stadt- Land-Vergleich. IW-Kurzbericht 16/2019. Institut der Deutschen Wirtschaft.
- I** **Infratest dimap, 2017.** WahlReport Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 24. September 2017. Berlin.
- K** **Klein, Markus/Ohr, Dieter, 2000.** Gerhard oder Helmut? ‚Unpolitische‘ Kandidateneigenschaften und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998. Politische Vierteljahresschrift 41 (2): 199–224.
- L** **Linz, Juan J., 1967.** Cleavage and Consensus in West German Politics: The Early Fifties. In: Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. New York: The Free Press, 283–321.



- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein, 1967.** Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. In: Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. New York: The Free Press, 1–64.
- M Martin, Christian W., 2019.** Electoral Participation and Right Wing Authoritarian Success – Evidence from the 2017 Federal Elections in Germany. Politische Vierteljahresschrift 60 (2): 245–271.
- Mudde, Cas, 2004.** The Populist Zeitgeist. Government and Opposition 39 (4), 541–563.
- N Neu, Viola/Völkl, Kerstin, 2006.** Regionales Wahlverhalten und die Erfolgsaussichten der Parteien. St. Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
- P Pokorny, Sabine, 2020.** Regionale Vielfalten 30 Jahre nach der Wiedervereinigung. Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den politischen Einstellungen in Deutschland. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
- S Steenvoorden, Eefje/Hartefeld, Eelco, 2018.** The appeal of nostalgia: the influence of societal pessimism on support for populist radical right parties. West European Politics 41 (1): 28–52.

# Die Autorin

---

**Dr. Sabine Pokorny** studierte Soziologie, Englische und Italienische Philologie in Köln und Florenz. Von 2007 bis 2011 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin. Seit September 2011 war sie Koordinatorin für Empirische Sozialforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung und seit Januar 2020 ist sie Referentin in der Abteilung Wahl- und Sozialforschung in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.


## **Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**

**Dr. Sabine Pokorny**

Abteilung Wahl- und Sozialforschung  
Hauptabteilung Analyse und Beratung  
T +49 30 / 26 996-3544  
[sabine.pokorny@kas.de](mailto:sabine.pokorny@kas.de)

### **Postanschrift:**

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.  
10907 Berlin



---

Nach bundesweiten Wahlen wird immer wieder thematisiert, dass einzelne Parteien im ländlichen Raum anders abschneiden als in größeren Städten. Die Unionsparteien sind dabei traditionell im ländlichen Raum stärker, während SPD und Grüne in urbanen Gebieten höhere Wahlergebnisse erzielen. Letztere sind vor allem in Großstädten besonders erfolgreich. Woran liegt es, dass Stadtbewohner bei Wahlen anders abstimmen als die Landbevölkerung? Liegt es nur an der Sozialstruktur? Die städtische Bevölkerung ist im Mittel jünger, formal besser gebildet und eher konfessionslos als die ländliche Bevölkerung. Oder gibt es darüber hinaus Einstellungsunterschiede, die das Wahlverhalten erklären können? Gibt es folglich spezifisch urbane Einstellungsmuster? Oder anders formuliert: Gibt es neben der religiösen und der sozioökonomischen Konfliktlinie, deren Bedeutung nachgelassen haben, auch eine bedeutsame Stadt-Land-Konfliktlinie?

Diesen Fragen wird mithilfe einer repräsentativen Umfrage nachgegangen.